

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. ["Unrealistisch, dass die rauskommen"](#)
2. [Afghanistan und die Bundesregierung](#)
3. [Respekt für die Stiko, so lange widerstanden zu haben](#)
4. [Die Daten, das Versagen und das große Erstaunen](#)
5. [Testpflicht bei Friseur- und Kinobesuch: "Dann sperrt uns lieber ganz zu"](#)
6. [Arbeiten bis zum Umfallen ist längst Realität - weg mit der Rente erst ab 67](#)
7. [Geld arbeitet nicht](#)
8. [Höhere Einnahmen - Deutsche Wohnen profitiert von steigenden Mieten](#)
9. [Neuer Bundeswehr-Freiwilligendienst: Jeder vierte Heimatschützer steigt schnell wieder aus](#)
10. [Effektivität aller in Europa zugelassenen Impfstoffe auf 100 Prozent hochgestuft](#)
11. [Massaker von Paris vor 60 Jahren: Tote am Ufer der Seine](#)
12. [Kein Ende in Sicht: Waldbrände und schwere Überschwemmungen](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **"Unrealistisch, dass die rauskommen"**

Markus Grotian erreichen derzeit 400 bis 500 Nachrichten von Ortskräften in Afghanistan, "denen wir nicht mehr helfen können". Er war selbst als Soldat in Afghanistan und sagt: 80 Prozent von ihnen werden zurück gelassen.

Quelle: [ZDF heute journal](#)

dazu: 350 Ortskräfte verlassen "Safe Houses"

In Kabul haben etwa 350 Ortskräfte ihre von einer deutschen gemeinnützigen

Organisation organisierten Sammelunterkünfte verlassen. Die "Safe Houses" seien nur noch Todesfallen, sagte der Leiter, Grotian. Die Taliban durchsuchten systematisch Häuser.

Quelle: [Tagesschau](#)

Anmerkung unseres Lesers P.S.: *Im Video nennt Grotian die Zahl beim Namen (die es leider nicht in den Text geschafft hat): 80% der Ortskräfte sind noch vor Ort; 7000 unserer jahrelangen Unterstützer überlassen wir ihrem Schicksal, das Deutschland maßgeblich mit zu verantworten hat.*

dazu auch: Ortskräfte in Afghanistan: "Für die Taliban sind wir Verräter"

Drei Jahre haben Marwa und Ramin für die Bundeswehr in Afghanistan gearbeitet. Jetzt fürchten sie um ihr Leben. Doch ihr früherer Arbeitgeber will davon nichts wissen.

Erst waren Marwa und Ramin Verbündete von Deutschland, jetzt kämpfen sie verzweifelt dafür, nicht vergessen zu werden. Es ist Samstag, der 14. August 2021 in Kabul. Ramin Nasiry flüchtete vor vier Tagen in die Hauptstadt von Afghanistan. Damit ihm jemand ein Flugticket organisierte, bezahlte er 150 US-Dollar. Über WhatsApp schickt er ein Foto, darauf zu sehen: sechs Männer in einem Hostelzimmer, fünf von ihnen am Handy. Ramin schreibt: "Everyone is talking to their family members in Mazar". Jeder spricht mit seinen Verwandten in Masar-i-Scharif. Die Männer auf dem Foto sind Ramins ehemalige Kollegen, die für die Bundeswehr gearbeitet haben. Sie alle haben Angst, dass die Taliban sie finden, foltern, töten.

Am Sonntag, den 15. August, eroberten die Taliban Kabul, der Präsident Ashraf Ghani flüchtete ins Ausland und die afghanische Regierung verkündete, dass sie ihnen die Hauptstadt "friedlich übergeben" will. Einen Tag zuvor eroberten die Taliban Masar-i-Scharif, Ramins Heimatstadt.

Quelle: [Zeit Campus](#)

2. Afghanistan und die Bundesregierung

a. Alexander Neu (Die Linke): „In Afghanistan bricht gerade alles wie ein Kartenhaus zusammen“

Man verlässt sich auf die USA. Ich erinnere mich noch, im Februar beziehungsweise März, als das Mandat für Afghanistan mit stolzgeschwellter Brust verlängert wurde - wie jedes Jahr im Deutschen Bundestag. Die Bundesregierung steht da und erzählt, wie wichtig es doch ist, dass die Bundeswehr in Afghanistan mit den US-Amerikanern gemeinsam für Frieden, Menschenrechte und Demokratie eintritt. Einige Wochen später stehen dieselben Vertreter dieser unfähigen Regierung wieder dort und wollen uns erklären, wie

wichtig es ist, dass wir jetzt abziehen müssten. Dieselben Personen haben die gegenteilige Aussage getätigt, nur weil die USA gesagt haben: Wir gehen jetzt raus.

Die Intervention „Enduring Freedom“ kostete die US-amerikanischen und deutschen Steuerzahler insgesamt über eine Billion US-Dollar, ganz zu schweigen von den rund 3500 Menschenleben. Was wollte der Westen denn in Afghanistan? War es das wert?

Afghanistan wird abgehakt mit einem großen Zapfenstreich, wo man noch die eigene Niederlage feiert, muss man mal brutal sagen. Man will ja trotzdem weiter Rüstungsprojekte durchziehen, man bleibt ja trotzdem in Mali und anderen Ländern, um dort Demokratie und Menschenrechte durchzusetzen, wie sie es bezeichnen, wenn sie ihre imperiale Lust ausleben.

Es wird auch keine ernsthafte Evaluation des Einsatzes geben. Das müssten unabhängige Instanzen machen, aber das will die Bundesregierung nicht. Das wollte auch die Vorgängerregierung nicht. Wir haben es hier in der Sicherheitspolitik mit einer wirklich katastrophalen Einstellung zu tun, die komplett transatlantisch orientiert ist, aber nicht die Realitäten vor Ort jenseits der westlichen Hemisphäre wahrnimmt.

Quelle: [SNA](#)

dazu: NATO-Interventionspolitik krachend gescheitert

„Die Übernahme Afghanistans durch die Taliban nach 20 Jahren NATO-Krieg und die Bilder aus Kabul zeigen auf dramatische Weise das Scheitern der westlichen Interventionspolitik unter US-Führung. Die Logik von Krieg und Regime-Change ist krachend gescheitert. Die politisch Verantwortlichen für das Kriegsdesaster sollten Verantwortung übernehmen und sich nicht davonstellen können“, erklärt Sevim Dagdelen, Obfrau der Fraktion DIE LINKE im Auswärtigen Ausschuss.

Dagdelen weiter:

“Die Bundesregierung hat in der Afghanistan-Krise komplett versagt und in Verkennung der realen Lage offensichtlich keinerlei Notfallpläne für Evakuierungen gemacht. DIE LINKE hat zuletzt im Juni vergeblich in einem Antrag die dringende Evakuierung der Ortskräfte gefordert. Es ist eine Schande, dass nach wochenlanger Untätigkeit und Blockade jetzt tausende Helferinnen und Helfer in dem von den Taliban kontrollierten Afghanistan im Stich gelassen werden und um ihr Leben bangen müssen.

Nicht der militärische Abzug aus Afghanistan war falsch, sondern der Krieg, in dem zehntausende Afghanen und auch tausende Soldaten aus den NATO-Staaten sinnlos gestorben sind, darunter 59 aus Deutschland. Der Afghanistan-Einsatz

zeigt nachdrücklich: Demokratie und Freiheit können nicht mit Panzern und Bomben oktroyiert werden. Nach der Kapitulation der von der NATO ausgebildeten und aufgerüsteten afghanischen Armee und Flucht der vom Westen unterstützten afghanischen Regierung ins Ausland ist die islamistische Terrorgruppe der Taliban eine hochgerüstete Streitmacht mit modernstem Kriegsgerät.”

Quelle: [DIE LINKE. im Bundestag](#)

b. Im Weltreich der Illusionen

Der 20-jährige Einsatz in Afghanistan verlangte vielen Menschen enorme Leistungsbereitschaft und schwere Opfer ab. Nur die Bundesregierung hat sich in den zwei Jahrzehnten nie wirklich angestrengt. Die Verantwortlichen sind bloßgestellt, doch es schämt sich niemand.

Quelle: [Cicero](#)

c. Der Fall Afghanistan ist eine Schande deutscher Politik

Die Bundesregierung streitet, statt entschlossen am Hindukusch zu helfen. Was für ein unwürdiges Ende. Letztlich trägt Merkel die Verantwortung. Was können wir überhaupt noch? Die Deutschen, Organisationsweltmeister a.D. In keiner Krise dieser Tage hat es den Anschein, als habe die Bundesregierung die Lage im Griff. Staatsversagen ist oft als Wertung zu hart. In einem Fall gibt es aber kein anderes Wort: Afghanistan.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

d. Es ist zum Schämen

Erst scheitern zwanzig Jahre Afghanistan-Engagement, dann dauert es ewig, bis die Bundesregierung Rettungsflyer schickt, während Hunderte in Kabul auf Hilfe warten. Die Geschichte dieses Auslandseinsatzes ist ein Desaster. Auf das Debakel folgt das Desaster. Das ist keine schöne Reihung. Aber diese Bewertung ist beim Blick auf Afghanistan unumgänglich. Was die Bundesregierung in den letzten Wochen dieses traurig zu Ende gegangenen Einsatzes gezeigt hat, ist damit noch harmlos beschrieben. Die monatelange Zögerlichkeit beim Umgang mit den sogenannten Ortskräften, das absurde Unvorbereitetsein auf den Vormarsch der Taliban und das lähmende Warten darauf, dass endlich drei Bundeswehrflieger aufbrechen, um Botschaftsangehörige, andere deutsche Staatsbürger und Ortskräfte aus dieser lebensgefährlichen Situation herauszuholen - es ist nichts anderes als ein kollektives Regierungsversagen.

Quelle: [Süddeutsche](#)

e. »Die Entwicklungen sind bitter, dramatisch und furchtbar«

Die Bundesregierung hat die Lage in Afghanistan falsch eingeschätzt, räumt Kanzlerin Merkel ein. Jetzt gehe es darum, die Landsleute schnell in Sicherheit zu bringen. (...)

Merkel hätte nicht erwartet, dass die Offensive der Taliban so schnell so erfolgreich sein würde. »Wir haben die Entwicklung falsch eingeschätzt«, sagte sie.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Das ist mal wieder typisch. Es werden Fehler eingeräumt, aber keine Konsequenzen gezogen. Auch in Afghanistan sollte deutsche Imagepflege betrieben werden, dabei war und ist die Abhängigkeit von den USA unübersehbar. Bitte lesen Sie dazu auch [Versager auf der ganzen Linie - das ist unsere Regierung beim Problem Afghanistan](#).*

dazu: Ehemaliger afghanischer Gouverneur: "Die amerikanische Freundschaft ist nie eine Freundschaft"

Dr. Abdullah Haiwad, Präsident der Afghanischen Gouverneursversammlung und Ex-Gouverneur der Provinz Ghor, lässt in einem Interview kein gutes Haar am geflohenen Präsidenten Aschraf Ghani. (...)

Doch auch die USA werden von Haiwad scharf kritisiert. Diese seien nie ein zuverlässiger Freund für ihre Alliierten gewesen. "Die amerikanische Freundschaft ist nie eine Freundschaft", so Haiwad. Das zeige auch das Beispiel Irak, wo man einen ehemaligen Verbündeten angegriffen und eine zumindest funktionierende Regierung gestürzt habe, um das Land dann quasi dem islamischen Staat zu überlassen. Auch in Syrien und Libyen zeige sich ein ähnliches Vorgehen der USA, so Haiwad. Die USA seien nur so lange ein Verbündeter und Freund, wie es ihren eigenen Interessen diene. Die Ereignisse in Afghanistan seien im Hinblick auf die US-amerikanische Politik eine gute Lektion für alle Politiker in der Welt. (...)

Bei den Taliban, die nun wieder die Macht ergriffen haben, handele es sich nicht um die Taliban "von gestern", erklärte Haiwad. Sie seien im Vergleich zu früher weniger extrem. Es sei daher möglich, dass die Taliban eine afghanische Einheitsregierung anstrebten, mit Regierungsmitgliedern, die noch vor Kurzem gegen die Taliban gekämpft hätten. Ghani habe auch den Fehler gemacht, auf frühere Angebote der Taliban nicht einzugehen. Stattdessen habe er vielmehr auf Zeit gespielt, um seine Amtszeit durchzuziehen und das Land so zu regieren, wie er wollte. Das Resultat sei nun die Machtübernahme durch die Taliban.

Quelle: [RT DE](#)

3. **Respekt für die Stiko, so lange widerstanden zu haben**

Es ist nicht Job der Politik, die Kommission unter Druck zu setzen, um eine generelle Impfpflicht für Kinder ab zwölf zu erreichen. Ein skandalöser Vorgang. [...]

Was nach den Debatten absehbar und wie eine Randnotiz erscheint, ist ein skandalöser Vorgang. Welche Motive auch immer politische Akteure damit verfolgt haben mögen, ausgerechnet diese Altersgruppe in den Fokus einer öffentlichen Kampagne zu stellen, welche Gründe auch immer die Stiko jetzt zum Einlenken bewogen haben – die Koalition von Entscheidungsträgern mit Bayerns Ministerpräsident Markus Söder hat ihre Kompetenzen eindeutig überschritten. Aufgabe einer unabhängigen Expertenkommission ist eben genau das: Unabhängig zu sein, frei von Lobbyismus, Wahlkampf, Machtkampf; sie hat Risiken und Wirkungen kritisch abzuwägen und dabei nur einem verpflichtet zu sein: der Bevölkerung und ihrer Gesundheit.

Es wäre viel gewonnen, wenn sich die Politik auf ihr Kerngeschäft und dort auf eine Minimierung von Fehlern konzentrieren würde.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

4. **Die Daten, das Versagen und das große Erstaunen**

Wie viele Menschen sind bislang geimpft? Noch immer gibt es in Deutschland keine repräsentative Bevölkerungsstichprobe, die diese und weitere zentrale Fragen zur Corona-Pandemie beantworten könnte. Doch die Politik reagiert mal wieder nur mit einem Achselzucken.

DAS ERSTAUNLICHSTE war mal wieder das Erstaunen. Das Robert-Koch-Institut (RKI) hatte am vergangenen Mittwoch vermeldet, dass es eine Differenz zwischen den offiziell registrierten Impffzahlen und Umfragen zur Impfquote bei den Unter-60-Jährigen gebe. So hätten 79 Prozent der 18- bis 59-Jährigen angegeben, bereits mindestens eine Impfung erhalten zu haben – 20 Prozentpunkte mehr, als das Impfmonitoring zu dem Zeitpunkt verzeichnete.

Wie kann das sein, fragten sich Kommentatoren. Ist die amtliche Datenlage tatsächlich so mies? Ja, ist sie. Und nein, neu ist das überhaupt nicht. “Die Datenerhebungskatastrophe” hatte ich Ende April einen Artikel hier im Blog betitelt, weil Deutschland auch mehr als ein Jahr nach dem Beginn der Pandemie noch kein repräsentatives Corona-Panel hatte, keine regelmäßig wiederholten Massentests und Befragungen derselben repräsentativ ausgewählten Bevölkerungsstichprobe. Hat Deutschland übrigens vier Monate später immer noch nicht.

Quelle: [Jan Wiarda](#)

5. **Testpflicht bei Friseur- und Kinobesuch: “Dann sperrt uns lieber ganz zu”**

Rainer Rossmann weiß, was ihn erwartet. “Das letzte Mal mit Testpflicht hat uns aus dem Stegreif 50 Prozent Umsatz gekostet.” Rossmann, Friseur aus Nürnberg und

Obermeister der dortigen Innung, sieht schwere Zeiten auf die Branche zukommen. "Furchtbar" findet er die Entscheidung, die in der Ministerpräsidentenkonferenz am vergangenen Dienstag getroffen wurde: Wer weder geimpft noch genesen ist, muss ab dem 23. August bei Sport, Veranstaltungen oder körpernahen Dienstleistungen in Innenräumen einen negativen Test vorlegen - und zwar dann, wenn die Inzidenz mehrere Tage bei 35 oder höher liegt. Nürnberg liegt aktuell bei 31,1. Tendenz steigend. Der Tag X könnte also schneller kommen, als manchen lieb ist.

Auch der bürokratische Aufwand - schließlich müssen Impfnachweise oder Testergebnisse kontrolliert und erfasst werden - sei ein Belastung. Dazu das unangenehme Gefühl, in einem leeren Laden Absagen entgegennehmen zu müssen oder Kunden davon zu überzeugen, doch noch zu kommen. "Dann sperrt uns lieber ganz zu", sagt Rossmann. Dann könne man die Mitarbeiter wenigstens in Kurzarbeit schicken und mit den staatlichen Hilfen über die Runden kommen.

Um keinen Preis wieder schließen wollen die Fitnessstudios. "Wir werden alles dafür tun, um das zu vermeiden", heißt es von der RSG Group, zu der die Fitnesskette McFit gehört. Auch beim Franchise-Unternehmen Clever Fit hält man die Testpflicht für machbar. "Wir haben ganz brave Mitglieder, die meisten waren sehr kooperativ", berichtet Pressesprecherin Christiane Enzelberger von den Erfahrungen im Frühjahr, als die Studios auch nur mit Testpflicht öffnen durften. [...]

Mit gemischten Gefühlen sehen auch die Kinos die neuen Einschränkungen. Kontrollen von Impfausweisen und Testergebnissen seien in einem großen Kinokomplex schon eine Herausforderung, sagt Wolfram Weber vom Cinecitta. Allerdings habe man bei der letzten Testpflicht gute Erfahrungen gemacht, "die Leute machen das gut mit". Damals gab es eigens ein Testzentrum vor Ort, Besucher konnten nur über die Eingangshalle ins Gebäude und wurden dort kontrolliert. Allerdings sind die Beschränkungen für Kinos jetzt schon hart: "Wir haben circa 30 Prozent Auslastung pro Kinosaal", so Weber.

Quelle: [Nordbayern](#)

Anmerkung JK: Natürlich entspricht es dem zynischen Kalkül der politischen Elite die Gastronomen, Hoteliers, Friseure, Kinobetreiber usw. zu Hilfspolizisten ihrer repressiven Coronapolitik und zu Helfershelfern bei der Diskriminierung ihrer Mitbürger zu machen. Da sich die Betroffenen aber durch die irrsinnige Lockdownpolitik der vergangenen Monate in einer ökonomisch äußerst angespannten Lage befinden ist aus dieser Ecke wenig Widerstand zu erwarten, da nach wie vor über allen die Drohung eines erneuten Lockdowns schwebt. Also fügt man sich lieber, bevor man erneut schließen muss.

Hier ist es aber wichtig die neuen Repressionsmaßnahmen in den richtigen Kontext einzuordnen, zumal, wie sich nun gezeigt hat, die Politik nicht einmal weiß wie hoch die Impfquote überhaupt ist. Ihre Beschlüsse bei oberflächlicher Betrachtung also ins Blaue hinein fasst. Es sollte klar sein, dass es primär längst nicht mehr um die Pandemiebekämpfung geht, sondern um die Gewöhnung der Bürger an ein autoritäres Kontroll- und Überwachungsregime dessen zentrales Element der digitale Impfpass ist. Dies auch vor dem Hintergrund einer immer absurdere Ausmaße annehmende soziale Spaltung der Gesellschaft, die gerade auch durch die bisherigen Corona-Maßnahmen noch einmal beschleunigt wurde.

6. Arbeiten bis zum Umfallen ist längst Realität - weg mit der Rente erst ab 67

„Wer nicht akzeptieren will, dass arme und hart arbeitende Menschen früher sterben, hohe Rentenabschläge in Kauf nehmen müssen und von ihrer Rente später einmal nichts haben, muss für gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne und eine gute Rente eintreten. Längeres Arbeiten kann man nicht erzwingen, man muss es ermöglichen“, kommentiert Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, die neuen Zahlen des Sozialverbands VdK und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zur Lebenserwartung. Birkwald weiter:

„Alle Forderungen nach einer Erhöhung der Regelaltersgrenze sind angesichts der neuen Zahlen eine zynische Umschreibung für Rentenkürzungen. Knapp 15 Prozent der älteren Menschen sterben aktuell vor ihrem 65. Geburtstag. Und 20 Prozent der Menschen sterben vor ihrem 69. Geburtstag.

Wir brauchen einen Politikwechsel weg von der Rente erst ab 67, für gute Arbeit und den höchstmöglichen Schutz für kranke Menschen vor Altersarmut. DIE LINKE hat ein Programm für ein gutes und langes Arbeitsleben: Der gesetzliche Mindestlohn muss auf 13 Euro erhöht werden, wir brauchen einen Rechtsanspruch auf alters- und alterngerechte Arbeitsplätze und gute Reha-Leistungen sowie massive Investitionen in die Weiterbildung von älteren Beschäftigten.

Quelle: [DIE LINKE. im Bundestag](#)

7. Geld arbeitet nicht

Vom Grundeinkommen über Klimaschutz bis zur Staatsverschuldung - unsere ökonomischen Debatten laufen oft ins Leere, weil wir diesen einen Punkt nicht verstehen.

Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten« - so lautet das Glücksversprechen aller Finanzberater, seien sie seriös oder dubios, online oder offline. Die finanzielle Unabhängigkeit von Lohnarbeit ist für Normalsterbliche eine fast paradiesische Vorstellung. Nicht bis zur Rente warten zu müssen, um mit der täglichen Plackerei aufhören zu können, ist verlockend. Aber die Sache ist die: Geld arbeitet nicht. Nie.

Auch dann nicht, wenn man es »sinnvoll investiert«.

Dennoch ist diese Vorstellung weit verbreitet und wirkungsmächtig. Das zeigte sich zuletzt an den beipflichtenden Reaktionen, als das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel für nichtig erklärte: Den Vermieterinnen und Vermietern stünden ihre hohen Profite zu, schließlich würden sie in nobler Selbstaufgabe darauf verzichten, ihre Einkommen einfach zu verkonsumieren, und es stattdessen in gesellschaftlich nützlicher Weise im Wohnungswesen einsetzen. Ähnliches gelte für den Aktienmarkt: Wer sein Geld dort investiere, helfe Unternehmen dabei, durch Innovation die nächste Pandemie zu verhindern oder den Klimawandel zu besiegen. Hinter solchen Argumenten verbergen sich gleich mehrere ökonomische Fehlannahmen. Es lohnt sich, sie Stück für Stück auseinanderzunehmen.

Quelle: [Jacobin](#)

8. **Höhere Einnahmen - Deutsche Wohnen profitiert von steigenden Mieten**

Vor wenigen Monaten erklärte das Bundesverfassungsgericht den Berliner Mietendeckel für nichtig. Ein Profiteur: die Deutsche Wohnen. Im Jahresvergleich legten die Vertragsmieten im ersten Halbjahr um 0,9 Prozent zu.

Der Immobilienkonzern Deutsche Wohnen hat in den ersten sechs Monaten von höheren Mieten profitiert.

Die Vertragsmieten legten im ersten Halbjahr im Jahresvergleich um 0,9 Prozent auf 425,8 Millionen Euro zu, wie das Dax-Unternehmen am Freitag in Berlin mitteilte. Die Vertragsmiete im Gesamtportfolio kletterte zum 30. Juni um 3,2 Prozent auf durchschnittlich 7,15 Euro pro Quadratmeter. Auch in Berlin stiegen die Mieten. An der Börse sorgten die Zahlen zunächst für keine Reaktion.

Vor wenigen Monaten hatte das Bundesverfassungsgericht das seit mehr als einem Jahr geltende Berliner Mietendeckel-Gesetz in einem Beschluss für nichtig erklärt. Unter anderem mussten Vermieter in dieser Zeit ihre Mieten zum Teil deutlich senken. Nun können sie diese wieder auf das ursprüngliche Niveau anheben. Die Deutsche Wohnen hat bereits entgangene Zahlungen von Mietern nachgefordert.

Quelle: [Welt Online](#)

9. **Neuer Bundeswehr-Freiwilligendienst: Jeder vierte Heimatschützer steigt schnell wieder aus**

Mit einem neuen Freiwilligendienst will Annegret Kramp-Karrenbauer eine Art Heimatschutz aufbauen. Nach SPIEGEL-Informationen brechen aber viele Rekruten das Programm schnell wieder ab.

Annegret Kramp-Karrenbauers Projekt für eine freiwillige Heimatschutztruppe entwickelt sich nach SPIEGEL-Informationen nicht so wie von der Verteidigungsministerin erhofft. Laut internen Zahlen ihres Ministeriums bricht schon in den ersten Monaten nach dem Start des Projekts »Dein Jahr für Deutschland« gut

jeder vierte der Rekruten die Ausbildung bereits wieder ab.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

10. **Effektivität aller in Europa zugelassenen Impfstoffe auf 100 Prozent hochgestuft**

Die Bundeskanzlerin forderte alle auf, sich impfen zu lassen, und sagte in die Kamera zur Schutzwirkung einer Impfung:

“Wir können ja immer nur sagen, dass dann ein sehr viel besserer Schutz bestehen würde, gegenüber der Anforderlichkeit, (ähem) noch mehr Maßnahmen zu ergreifen.“ Impfungen schützen also die Geimpften vor staatlichen Restriktionen und Zwangsmaßnahmen. So viel Offenheit und Vertrauen in unsere Einsichtsfähigkeit war selten von unserer geliebten Führerin.

Da man als geimpfte Person keine Tests mehr über sich ergehen lassen muss - trotz der fortbestehenden Möglichkeit, sich und andere anzustecken - und praktisch überallhin darf, ist die Effektivität der Impfung gegen staatliches Mobbing ab der zweiten Spritze 100 Prozent.

Bei der ersten Spritze ist die Schutzwirkung dagegen noch null, ebenso bei allen in Europa nicht offiziell zugelassenen Impfstoffen, wie den russischen oder den chinesischen.

Wir danken Dir, geliebte Führerin, wir danken Euch, erleuchtete Mitglieder des Corona-Zentralkomitees.

Quelle: [Norbert Häring](#)

11. **Massaker von Paris vor 60 Jahren: Tote am Ufer der Seine**

Ein Massaker an Algeriern in Paris und die radikale Solidaritätsbewegung der Adenauer-Ära: Beides gehört in unser antikoloniales Gedächtnis.

Ein Massaker der Polizei auf den Straßen von Paris? Unvorstellbar. Und doch war es so, vor ziemlich genau 60 Jahren, als der Algerienkrieg in seine finale Phase trat. Nach einer friedlichen Demonstration für die Unabhängigkeit der Kolonie lagen Leichen am Ufer der Seine, gefesselte Leichname. Die Zahl der Toten, wohl über Hundert, wurde niemals genau ermittelt; es waren, fast überflüssig zu sagen, algerische Tote.

Nicht nur an sie möchte ich hier erinnern, sondern an eine Bewegung in Westdeutschland, die jenem blutigen Oktobertag 1961 bereits lange vorausging: radikale Solidarität mit dem algerischen Befreiungskampf - in den 1950er Jahren, der muffigen Adenauer-Ära. Es war die erste internationalistische Bewegung nach dem Ende des Nationalsozialismus.

Die Schar der Aktivisten war überschaubar, Frauen und Männer in kleinen heterogenen Gruppen: Gewerkschafter, Intellektuelle, Kommunisten, Trotzlisten, Naturfreunde, engagierte Christen, darunter ein paar Katholiken mit CDU-Parteibuch. Sie schmuggelten Geld und Waffen für die Befreiungsfront, brachten Algerier, die aus

Frankreich fliehen mussten, nachts im Kofferraum über die Grenze.

Quelle: [taz](#)

12. **Kein Ende in Sicht: Waldbrände und schwere Überschwemmungen**

Während es rund ums Mittelmeer weiter brennt, werden andere Regionen von extremen Niederschlägen gebeutelt

Die offizielle Zahl der Todesopfer der schweren Überschwemmungen an der türkischen Schwarzmeerküste ist inzwischen auf 70 angestiegen, berichtet der Nachrichtensender Al Jazeera. Am Montag wurde die Zahl auf 71 Tote korrigiert. 47 Personen würden noch vermisst. 40 Dörfer seien weiter von der Stromversorgung abgeschnitten.

Die schweren Regenfälle kommen nach einer außergewöhnlichen Hitzewelle, die offenbar auch zu verstärkter Verdunstung geführt hat.

Mit jedem Grad Anstieg der Temperatur kann die Luft sieben Prozent mehr Wasserdampf aufnehmen. Entsprechend können die Niederschläge umso heftiger ausfallen, je wärmer es wird. Bei einer Temperatur von 20 Grad Celsius kann ein Kubikmeter Luft maximal 17,28 Gramm Wasserdampf aufnehmen, bei 30 Grad Celsius schon fast das Doppelte und bei 40 Grad schon 51,18 Gramm. Entsprechend viel kann dann gegebenenfalls ausregnen.

Quelle: [Telepolis](#)